

## **Niederschrift**

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der  
Stadt Niederkassel am 16.11.2022

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr  
Ort der Sitzung: Rathaus Niederkassel, Rathausstraße 19,  
Großer Sitzungssaal, Zimmer 241 (Raum  
Niederkassel)  
Datum der Einladung: 07.11.2022

Anwesend waren:

### **Vorsitzende/r**

Frau Angela Niethammer

### **Stellvertr. Vorsitzende/r:**

Frau Simone Mazzoleni Gori

### **Ratsmitglied/er CDU:**

Herr Siegfried Voge

### **Ratsmitglied/er SPD:**

Herr Edgar Engelhardt

Frau Rebeca Großgarten

### **Ratsmitglied/er FDP:**

Frau Diana Heisters

### **In der Jugendhilfe Erfahrene:**

Frau Melanie Lösken

Frau Barbara Schlüter

### **der in der Jugendhilfe Erfahrenen (stellvertr.):**

Frau Beate Eisenberg

Vertretung für Frau Anja Valder

### **Verbandsvertreter/in:**

Herr Daniel Döpfer

Frau Brigitte Lülldorf

Frau Marion Steinbach-Cremer

Frau Alexandra Wilke-Rauter

### **Vertreter/in des Amtsgerichtes Siegburg (beratend):**

Frau Richterin Petra Burgwinkel-Krampitz

### **Vertreter/in der ev. Kirche (beratend):**

Frau Miriam Edel

### **Vertreter/in des Jugendamtsealtenbeirat (beratend/stellvertr.):**

Frau Kathrin Langenbach

### **Vertreter/in des Jugendamtsealtenbeirat (beratend):**

Frau Stefanie Hamacher

**Vertreter/in der Schulen (beratend/stellvertr.):**

Frau Margret Michels

Vertretung für Frau Dr. Catrin Albrecht

**Vertreter/in der Stadtverwaltung (beratend):**

Herr Carsten Walbröhl

**Fachbereichsleiter/in:**

Frau Ruth Hartmann

**Schriftführer/in:**

Frau Stefanie Leinung

Es fehlten:

**In der Jugendhilfe Erfahrene:**

Frau Anja Valder

entschuldigt, vertreten durch Frau  
Beate Eisenberg

**Verbandsvertreter/in:**

Herr Marc Houben-Redding

Frau Melanie Pfannholzer

**Vertreter/in der Bundesagentur für Arbeit (beratend):**

Frau Eva Fahrensbach

**Vertreter/in der Islamischen Religionsgemeinschaft (beratend):**

Herr Berkant Kara

**Vertreter/in der kath. Kirche (beratend):**

Herr Diakon Norbert Klein

**Vertreter/in der Kreispolizeibehörde Siegburg (beratend):**

Herr Kriminaloberkommissar Gerrit Kiß-  
mer

**Vertreter/in der Schulen (beratend):**

Frau Dr. Catrin Albrecht

entschuldigt, vertreten durch Frau  
Margret Michels

## **Tagesordnung:**

### A. Öffentliche Sitzung

1. Entscheidung über schriftlich vorliegende Einwendungen gegen Sitzungsprotokolle  
Vorlage: 1017/2020-2025
2. Bericht des Kinder- und Jugendparlament  
Vorlage: 1018/2020-2025
3. Jugendschöffenwahl 2024-2029  
Vorlage: 0965/2020-2025
4. Sachstand Kita Obstzwerge / Rheidt  
Vorlage: 0997/2020-2025
5. 2. Interessensbekundungsverfahren Kita Obstzwerge  
Vorlage: 0976/2020-2025
6. Bericht der Schulsozialarbeit  
Vorlage: 1014/2020-2025
7. Sachstand Kindertagespflege  
Vorlage: 0998/2020-2025
8. Statusbericht OGS  
Vorlage: 1015/2020-2025
9. Mitteilungen und Anfragen  
Vorlage: 1019/2020-2025
- 9.1. Ausschreibungsunterlagen des LVRs zum Förderprogramm „Initialförderung des LJA in der Kinder- und Jugendhilfe“  
Vorlage: 1041/2020-2025

### B. Nichtöffentliche Sitzung

10. Mitteilungen und Anfragen  
Vorlage: 1020/2020-2025

## **Sitzungseröffnung:**

### A. Öffentliche Sitzung

- 1. Entscheidung über schriftlich vorliegende Einwendungen gegen Sitzungsprotokolle**  
**Vorlage: 1017/2020-2025**

#### **Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Die Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 31.08.2022 wurde freigegeben.

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.“

Es wurde Kenntnis genommen.

- 2. Bericht des Kinder- und Jugendparlament**  
**Vorlage: 1018/2020-2025**

#### **Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„In der Sitzung wird ein Vertreter / eine Vertreterin des Kinder- und Jugendparlamentes anwesend sein und über die Aktivitäten des Gremiums seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichten.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.“

Lara Wirschem, Mara Witt und Armin Müller stellten die Überlegungen des KiJuPa zu erforderlichen Änderungen der aktuellen Satzung des Gremiums vor. Einzelheiten sind der PPP (s. Anhang) zu entnehmen. Sie betonten, dass sie mit den Änderungen den Umgang mit wiederholten Abwesenheiten von KiJuPa-Mitgliedern bei den Sitzungen klären möchten. Die Fehlzeiten, auch wenn sie entschuldigt seien, erschweren sehr die konstruktive Arbeit des Gremiums. Lara Wirschem schilderte, dass von den aktuell 20 Mitgliedern 7 regelmäßig zu den Sitzungen kämen, weitere 7-9 unregelmäßig und 3-4 gar nicht. Die Arbeit sei dadurch sehr beeinträchtigt.

Weiterhin berichtete Lara Wirschem, dass das Budget des KiJuPa i.H.v. 1000 EUR schon seit vielen Jahren nicht angepasst worden sei und vor dem Hintergrund der allgemein gestiegenen Kosten in allen Bereichen der Wunsch nach einer Budgeterhöhung bestehe.

Verschiedene Mitglieder des JHA dankten dem KiJuPa für die engagierte Vorbereitung der neuen Satzung mit vielen guten Ideen. Frau Lösken, CDU, meldete zurück, dass heute keine Entscheidung getroffen werden könne. Sie gab zu bedenken, dass gewählte Mitglieder des KiJuPa nicht einfach ausgeschlossen werden könnten. Frau Schlüter, GRÜNE, äußerte die grundsätzliche Bereitschaft, dem KiJuPa eine gewisse Souveränität bei der Entscheidung über die eigene Satzung zuzugestehen. Auf ihre Frage, wofür das Geld benötigt werde, erläuterte Lara Wirschem, dass Reisekosten zu den für die Arbeit wertvollen Vernetzungstreffen und für geplante größere Projekte anfallen. Frau Schlüter riet den KiJuPa-Vertreterinnen, diese Projekte im JHA vorzustellen, um dadurch finanzielle Unterstützung von den einzelnen Fraktionen einzuwerben.

Beigeordneter Herr Walbröhl dankte der KiJuPa-Vertretung für den engagierten Beitrag und brachte seine Wertschätzung dafür zum Ausdruck, dass die Arbeitsfähigkeit des Parlaments den Jugendlichen wichtig sei. Er merkte an, dass einige Vorschläge umgesetzt werden könnten. Er erachte es wegen der Planungssicherheit für das KiJuPa für wichtig, das Budget aus dem Haushalt heraus anzupassen. Die Verwaltung werde wegen der Möglichkeiten hierfür mit der Kämmerei Kontakt aufnehmen. Bezüglich der Vorschläge zum Wahlverfahren meldete er zurück, dass diese so nicht umsetzbar seien. Der Zugang zum Gremium müsse für alle offen sein, Bewerberinnen und Bewerber müssten versuchen, sich Mehrheiten zu sichern. Er kündigte an, dass die Verwaltung auf der Grundlage der Vorschläge des KiJuPa und der Diskussion für die nächste Sitzung eine Beratungsvorlage für den JHA erstellen werde.

Frau Eisenberg, CDU, machte deutlich, dass sie die Verwendung des Budgets für die Vernetzungsarbeit sehr wichtig fände. Auf ihre Nachfrage gab Lara Wirschem an, dass das KiJuPa als Projekte, die zu finanzieren sind, Workshops und auch Parties organisieren möchte. Durch letzteres möchte das KiJuPa sich besser bekannt machen. Frau Mazzoleni Gori, GRÜNE, regte an, bei ähnlichen Themen in Zukunft eine Vorlage oder eine Präsentation im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung zu stellen, um die Vorberatung der Themen in den Fraktionen zu ermöglichen.

Auf Nachfrage meldete Herr Walbröhl zurück, dass er zu den Vorschlägen des KiJuPa zur Verkehrssicherheit noch keine Rückmeldung zum Umsetzungsstatus habe. Die Verwaltung werde diese anfragen.

Herr Walbröhl dankte dem KiJuPa für die engagierte Mitarbeit.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht des Kinder- und Jugendparlaments zur Kenntnis.

**3. Jugendschöffenwahl 2024-2029  
Vorlage: 0965/2020-2025**

**Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zum Beschluss vor:

„Alle 5 Jahre werden Schöffen, so auch Jugendschöffen, neu gewählt. In jeder Kommune sind hierfür gem. § 36 Gerichtsverfassungsgesetz Vorschlagslisten zu erstellen. Die Amtszeit der aktuellen Jugendschöffen endet am 31.12.2023, daher sind in 2023 rechtzeitig neue Vorschlagslisten durch den JHA zu erstellen. Die Verwaltung wird sich hierbei an die Vorgaben des im Dezember 2022 zu erwartenden gemeinsamen Runderlasses zur Schöffenwahl des MKFFI NRW und des Ministeriums der Justiz NRW halten. Die Gestaltung des Vorschlagsverfahrens obliegt der Kommune und wird im JHA beschlossen.

Die Verwaltung schlägt in Anlehnung an das Verfahren vor 5 Jahren folgendes Vorgehen vor:

Angesprochen werden sollen die Niederkasseler Fraktionen und Vereine per Anschreiben und die Öffentlichkeit per Pressemitteilung und über die städtische Homepage. Zuständigkeit für die Vorbereitung der Vorschlagslistenaufstellung ist Frau Leinung. Bewerbungen für das Jugendschöffenamt sollen ausschließlich über ein noch einzurichtendes Funktionspostfach erfolgen, an das auch Rückfragen gestellt werden können. Es wird ein Merkblatt über das Schöffenamt erstellt, das den Anschreiben angehängt und bei Rückfragen versendet werden kann.

**Zeitplan für die Erstellung der Vorschlagslisten**

Januar 23	Versendung der Anschreiben, Veröffentlichung in der Presse und auf der Homepage
31. März 23	Ende der Bewerbungsfrist
Mai 23	Beschluss der Vorschlagsliste im JHA, danach fristgerechte Aufstellung der Vorschlagsliste
Juli 23 kanntmachung	Auflegung der Liste nach öffentlicher Be-
August 23	Einreichen der Vorschlagsliste“

Frau Mazzoleni Gori fragte, ob die Informationen ab Januar 2023 auf der städtischen Homepage hinterlegt werden. Jugendamtsleiterin Frau Hartmann bestätigte dies.

Es gab keine weiteren Fragen.

XI/30 **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die im Sachverhalt vorgestellte Vorgehensweise bei der Aufstellung der Vorschlagsliste für das Jugendschöffenamt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**4. Sachstand Kita Obstzwerge / Rheidt  
Vorlage: 0997/2020-2025**

**Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Der **Bebauungsplan** 161 Rh (Kita Obstzwerge, Gewerbeflächen, Parkmöglichkeiten und Versickerungsbecken) soll, nachdem im September 2022 die Offenlage erfolgte, im Dezember 2022 im Rat der Stadt Niederkassel als Satzung beschlossen werden.

Der parallel geänderte **Flächennutzungsplan** für die Stadt Niederkassel muss ebenfalls - nach einem Beschluss durch den Rat im Dezember 2022 - durch die Bezirksregierung Köln genehmigt werden. Für diese Genehmigung hat die Bezirksregierung drei Monate Zeit, sodass ab April 2023 mit der Rechtskraft beider Pläne (Bebauungsplan und Flächennutzungsplan) gerechnet werden kann. Danach erteilt der Fachbereich 8 der Stadt Niederkassel die Baugenehmigung.

Der ehemalige **Konzeptentwurf** der Kita Obstzwerge steht momentan auf dem Prüfstand und eine weitere Alternative wird von Seiten der SEG, des Fachbereich Jugend Niederkassel und des Architekten, der seitens der SEG beauftragt wurde, erarbeitet.

Voraussichtlich wird im ersten Quartal 2023 der **Bauantrag** gestellt werden können. Vor Antragstellung wird das Konzept mit dem JHA und dem LVR abgestimmt.

Die Kita Obstzwerge soll demnach ab 2025 baufertig sein. Insgesamt soll in der inklusiven Kita die Betreuung von ca. 100 Kindern in sechs Gruppen - drei U3 Gruppen und drei Ü3 Gruppen - stattfinden.

Das **pädagogische Konzept** beinhaltet die teiloffene Betreuung in Funktionsräumen für die Ü3 Kinder, die Betreuung der U3 Kinder in drei Nestgruppen mit Schlaf- und Differenzierungsräumen, einem Mehrzweckraum und einem Kita-Restaurant mit angrenzender Küche,

in der frisch gekocht werden soll.“

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Walbröhl ergänzte, dass die Verzögerungen bekannt seien. Die konkreten Planungen liefen weiter. Der Jugendhilfeausschuss werde fortlaufend über den Sachstand informiert, u.U. gebe es im Januar Neuigkeiten.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstand zur Kenntnis.

## **5. 2. Interessensbekundungsverfahren Kita Obstzwerge Vorlage: 0976/2020-2025**

### **Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Entscheidung vor:

„Am 12.05.2020 hat der JHA Kriterien für die Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens gemäß § 4 SGB VIII zum Betrieb einer 6-gruppigen Kita in Niederkassel Rheidt beschlossen.

Am damaligen Verfahren beteiligten sich sechs Träger, die sich in der JHA Sitzung am 12.08.2020 vorstellten. Im Ergebnis empfahl der JHA dem Rat der Stadt Niederkassel die Trägerschaft an die Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH zu vergeben. Diesem Vorschlag folgte der Rat am 27.08.2020 einstimmig.

Mit Schreiben vom 17.02.22 teilte der Träger Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH mit, von der Übernahme der Trägerschaft Abstand nehmen zu wollen.

Im nicht öffentlichen Teil der JHA Sitzung am 08.03.2022 teilte die Verwaltung

(Vorlagen-Nr. 0689/2020-2025) hierzu näheres mit.

Die Durchführung eines 2. Interessensbekundungsverfahrens zum Betrieb der Einrichtung „Obstzwerge“ in freier Trägerschaft ist, wie in der o.g. Mitteilung bereits ausgeführt, rechtlich nicht zwingend erforderlich. Sie ist jedoch zulässig und aus Sicht der Verwaltung auch sinnvoll, denn es besteht so die Möglichkeit, die Trägervielfalt in Niederkassel zu erweitern.

Das recht große Interesse an der Übernahme der Trägerschaft im Interessensbekundungsverfahren 2020 lässt ggf. darauf schließen, dass auch in einem erneuten Bewerbungsverfahren wieder mit der Beteiligung mehrerer qualifizierter, erfahrener Träger zu rechnen ist.

In Anlehnung an den Beschluss vom 12.05.2020 schlägt die Verwaltung vor, folgende Kriterien zur Vergabe der Trägerschaft festzulegen:

1. Die Auswahl des Trägers erfolgt auf der Basis des § 5 Wunsch- und Wahlrecht und § 80 (Jugendhilfeplanung) SGB VIII. Aus



- planerischer Sicht werden 3x Gruppenform II und 3 x Gruppenform III angestrebt.
2. Auf Grund des Umfangs der Maßnahme ist es erforderlich, dass der Träger über ausreichend Erfahrung bei der Inbetriebnahme und dem laufenden Betrieb großer Kindertageseinrichtungen verfügt.
  3. Sofern sich die Möglichkeit zur Inanspruchnahme des U6 Investitionsprogramms des Landes NRW ergibt, wird die Bereitschaft des Trägers erwartet, hier entsprechende Mittel zu beantragen.
  4. Der Träger legt ein Konzept vor, in dem er die didaktisch/ methodischen Schwerpunkte seiner pädagogischen Arbeit, geplante (bedarfsgerechte) Öffnungszeiten und das Qualitätsmanagement seiner Arbeit erläutert.
  5. Der Träger trifft Aussagen zur Übernahme seines Trägeranteils gemäß KiBiz.

Die Verwaltung schreibt nach Beschlussfassung in Frage kommende Träger an und hinterlegt das Interessensbekundungsverfahren außerdem auf der Homepage der Stadt Niederkassel. Bewerbungsschluss ist der 16.12.2022. Die Vorstellung der Träger ist für den JHA am 31.01.2023 geplant.“

Frau Lösken, CDU, merkte an, dass der Bewerbungsschluss 16.12.2022 zeitlich zu knapp bemessen sei. Herr Walbröhl kündigte, vor dem Hintergrund der erläuterten Verzögerungen, an, den Bewerbungsschluss bis zum 31.01.2023 zu verlängern, die Vorstellung der Träger könne dann in der März-Sitzung des JHA erfolgen. Frau Mazzoleni Gori, GRÜNE, regte an, die Inklusion in die Ausschreibung aufzunehmen. Jugendamtsleiterin Frau Hartmann erläuterte, dass diese wichtige Aufgabe gesetzlich vorgeschrieben und daher nicht extra angesprochen worden sei. Herr Engelhardt, SPD, äußerte die Hoffnung auf eingehende Bewerbungen. Herr Walbröhl verwies darauf, dass durch die SPD ein Träger eingebracht worden sei. Die Verwaltung rechne von dieser Seite mit dem Eingang einer Bewerbung. Er erläuterte, dass die Verwaltung in Bezug auf Einstellungen zu optimistisch gedacht habe; es gebe viele kurzfristige Absagen oder Bewerber, die ohne Absage nicht erscheinen. Man hoffe auf andere Erfahrungen bei den Trägerbewerbungen für die Kita Obstzwerge.

Es herrschte Konsens über die Verschiebung der Bewerbungsfrist auf den 31.01.2022.

XI/31 **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens zum Betrieb einer 6 gruppigen Kita in Niederkassel Rheidt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**6. Bericht der Schulsozialarbeit  
Vorlage: 1014/2020-2025**

**Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Frau Rosenau berichtet über den aktuellen Stand der Schulsozialarbeit und gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Aufgaben, Kooperationen und die Projekte aus der Praxis. Sie stellt das neue Team der Schulsozialarbeit vor.“

Beigeordneter Herr Walbröhl erläuterte die Fördermodalitäten und die Änderungen ab Sommer 2023. Von ursprünglich 2,5 vollzeitäquivalenten Stellen werde ab Sommer der geförderte Anteil auf 1,7 sinken. Diese Differenz müsse aus dem städtischen Haushalt beglichen werden. Gleichzeitig schreibe eine neue Förderrichtlinie vor, dass 1 Kraft nur noch an maximal 2 Schulen eingesetzt werden dürfe. Da in Niederkassel 7 Schulen zu versorgen seien, plant die Verwaltung den Einsatz von insgesamt 3,5 vollzeitäquivalenten Stellen. Die Differenz zum Status Quo müsse über den städtischen Haushalt finanziert werden. Sollte es hier nicht zur Berücksichtigung kommen, drohe ein Verlust bei den Mindestbedarfen.

Frau Rosenau stellte die Schulsozialarbeit in Niederkassel vor, wegen eines technischen Problems konnte sie dabei die vorbereitete PPP nicht durchgängig nutzen. Sie leitet ein Team, das 5 Grundschulen, die Laurentiuschule und die Alfred-Delp-Realschule betreut. Einzelheiten sind der anhängenden PPP und dem Handout zu entnehmen.

Frau Rosenau beschrieb, dass die Arbeit mit sehr hohem persönlichem Einsatz der Teammitglieder der Schulsozialarbeit erfolge. Der Bedarf an allen Schulen sei enorm. Sie betonte, dass die Schulsozialarbeit nicht am Engagement einzelner Personen hängen dürfe, sondern dass verlässliche Strukturen geschaffen werden müssten. Sie äußerte die eindringliche Bitte, das Projekt Schulsozialarbeit auskömmlich weiterzufinanzieren. Die Lage an den Schulen sei ausgesprochen angespannt.

Herr Engelhardt, SPD, gab an, dass es sich bei den angedachten 3,5 Stellen um das erforderliche Mindestmaß an Stellen handle.

Herr Walbröhl verwies noch einmal auf die gesunkene Refinanzierung aufgrund der veränderten Mittelverteilung durch den Rhein-Sieg-Kreis. Die Verwaltung habe Mittel für die 3,5 Stellen im Haushalt eingestellt und werde darauf dringen, zumindest diese Finanzierung sicherzustellen. Eine weitergehende Finanzierung sehe er aufgrund der angespannten Haushaltslage als schwierig an. Er verwies darauf, dass die Kommune schon immer einen hohen Zuschuss zur Schulsozialarbeit geleis-

tet habe. Er bat die Fraktionen, bei den Haushaltsberatungen auf die Dringlichkeit der Finanzierung hinzuweisen. Jugendamtsleiterin Frau Hartmann argumentierte, dass in Niederkassel die soziale Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden sollte, daher dürfe die Schulsozialarbeit aus ihrer Sicht nicht weiter ausgedünnt werden. Hierfür werde sie sich bei den Haushaltsberatungen einsetzen.

Frau Schlüter, GRÜNE, dankte für den Vortrag und erkundigte sich nach Supervisionsmöglichkeiten für das Team. Frau Rosenau erläuterte, dass dies 4 x jährlich möglich sei und das Team dies sehr schätze.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht der Schulsozialarbeit zur Kenntnis.

## **7. Sachstand Kindertagespflege Vorlage: 0998/2020-2025**

### **Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Der Sachstand Kindertagespflege wurde im Jugendhilfeausschuss zuletzt im September 2019 vorgestellt. Seitdem haben sich sowohl bei den in Niederkassel tätigen Kindertagespflegepersonen als auch bei den Verfahrensweisen Veränderungen ergeben. Zudem mussten durch die KiBiz-Reform 2020 und die SGB VIII-Reform 2021 neue gesetzliche Vorgaben umgesetzt werden bzw. befinden sich in der Umsetzung. Auch wurde auf der Grundlage des JHA-Beschlusses im Jahr 2018 probeweise ein Vertretungssystem eingeführt, das gemäß Auftrag des JHA zu evaluieren war. Diese Aufgaben und Neuerungen machen eine Satzungsänderung zum Kitajahr 2023/24 erforderlich. Der Jugendhilfeausschuss soll daher über den Sachstand informiert werden. Eine Beschlussvorlage wird im Frühjahr 2023 vorgelegt.“

Frau Leinung, Fachberatung Kindertagespflege, informierte über den Sachstand. Einzelheiten sind der angehängten PPP zu entnehmen. In Ergänzung zur anhängenden PPP beschrieb sie, dass seit 2019 wichtige Prozesse, z.B. im Bereich Beratung von Eltern und Vermittlung oder bei der Eignungsprüfung, überarbeitet worden seien. Die ausführliche Erstberatung werde von Eltern gut angenommen und geschätzt. Die Weiterqualifizierung der Kindertagespflegepersonen seitens der Stadt finde im Rahmen der Arbeitskreistreffen und des jährlichen Fachtags statt. Die Zusammenarbeit mit dem Bereich Kita habe sich sehr gut entwickelt, es wurde ein Übergabeverfahren zwischen KTP und Kita entwickelt, aktuell haben 8 Tagesmütter Kooperation mit einer Kita. Die Kindertagespflege profitiere von guter Vernetzung im Sozialraum.

Frau Leinung berichtete, dass die Umsetzung der KiBizreform 2020 und die SGB VIII Reform 2021 sowie die laufende Arbeit mit Kommentierung und Begründung der Gesetze in der Praxis Anpassungen der Satzung erforderlich machten. Die Verwaltung werde hierzu für das Früh-

jahr 2023 Vorschläge in den JHA einbringen.

Das gleiche gelte für das derzeit praktizierte Vertretungssystem. Hier habe sich gezeigt, dass es nicht ausreichend ausgestattet sei, um die anstehenden Vertretungsbedarfe aufzufangen, und es von daher neu aufgestellt werden müsse. Frau Leinung berichtete, dass aktuell nur ein Vertretungsplatz zur Verfügung stehe.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstand Kindertagespflege zur Kenntnis.

## 8. Statusbericht OGS Vorlage: 1015/2020-2025

### Sachverhalt:

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Im Schuljahr 2022/2023 besuchen zum Stichtag 15.10.2022 insgesamt 1.096 Kinder die Offenen Ganztagschulen in Niederkassel. Das macht bei einer Schülerzahl von 1620 (Stichtag 15.09.22) eine durchschnittliche Belegungsquote von 67%. Die Quoten differieren je Standort und liegen zwischen 63% in Niederkassel Ort und 72% in Lülsdorf.

### **Übersicht OGS Belegungsquote Schuljahr 2022/2023**

Stand: 02.11.2022

	Schülerzahl Gesamt (15.09.22)	Anzahl Schüler/-innen OGS (15.10.22)	davon Schülerinnen mit Fluchterfahrung und sonderpäd. Förderbedarf	Belegungsquote
KGS Mondorf	286	200	14	70%
Rheidter-Wert-Schule – KGS Rheidt	387	257	17	66%
GGs Niederkassel	317	201	16	63%
Drei-Linden-Schule – GGs Ranzel	248	163	12	66%
KGS Lülsdorf	382	275	44	72%
<b>Gesamt</b>	<b>1620</b>	<b>1096</b>	<b>103</b>	<b>67%</b>

Laut Schulentwicklungsplan (Entwurf Juli 2022), lag die Belegungsquote im letzten Schuljahr 2021/2022 bei 64%. Damit lässt sich eine Steigerung der Quote von 3% im Vergleich zum Vorjahr feststellen.“

Frau Hartmann erläuterte, dass der jährliche Statusbericht wichtig sei für die Vorbereitung auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganz-

tagsbetreuung ab 2026. Sie beschrieb, dass es bisher keine Deckelung gebe. Dies lasse darauf schließen, dass der Bedarf aktuell nahezu gedeckt sei. Die Verwaltung rechne durch das Inkrafttreten des Rechtsanspruchs mit einem Anstieg der Quote auf 80-85 %, nicht jedoch mit 100%. Genau lasse sich dies nicht prognostizieren, die Entwicklung werde durch ein Monitoring beobachtet.

Der Jugendhilfeausschuss nahm des Statusbericht OGS zur Kenntnis.

## **9. Mitteilungen und Anfragen Vorlage: 1019/2020-2025**

### **Mitteilungen**

a) der Ausschussvorsitzenden keine

b) der Verwaltung

Herr Walbröhl informierte über die Personalsituation im Jugendamt. Er teilte mit, dass die zusätzliche Stelle für die Jugendförderung abgelehnt worden sei. Weiterhin berichtete er von massiven personellen Problemen im ASD. Es gebe eine hohe Fluktuation und einen hohen Krankenstand. Dies führe zu einer sehr hohen Arbeitsdichte bei den verbleibenden Mitarbeitenden im ASD. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter seien zu hoch. Per Verwaltungsvorstandsentscheidung wurde die Aufstockung des ASD um 3 Stellen beschlossen. Dies sei dringend erforderlich, um die Belastung für den Fachdienst abzusenken. Neben dem Fachkräftemangel wirke sich jedoch bei der Anwerbung neuer Mitarbeiter auch der akute Raummangel aus. Es gebe zu wenige Einzelbüros, die für die datensensible und vertrauliche Arbeit im ASD erforderlich seien. Unter diesen Voraussetzungen sei es besonders schwierig, neue Mitarbeitende zu gewinnen. Eine Vorlage mit Lösungsvorschlägen werde in den Rat der Stadt eingebracht. Bis zur Umsetzung dieser Vorschläge werde die Situation jedoch angespannt bleiben.

Es habe aktuell eine Anfrage des WDR zur Belastung der Jugendämter gegeben. Die Verwaltung habe mit Verweis auf die hohe Arbeitsbelastung von einer Antwort abgesehen. Ähnlich hätten sich landesweit viele JÄ geäußert. Es sei zu vermuten, dass dies der Auftakt zur Situation in den kommenden Jahren sei, eine Entspannung des Arbeitsmarkts sei nicht in Sicht.

### **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

a) Beantwortung von schriftlich vorgelegten Anfragen keine

b) Sonstige Anfragen

Herr Engelhardt, SPD, erkundigte sich, ob der LVR neue Aufgaben an

das Jugendamt übertragen habe. Herr Walbröhl gab an, dass für einige Aufgaben im Hintergrund überlegt werde, ob sie von den Kreisen übernommen werden könnten.

Frau Hartmann informierte über die Folgen der SGB VIII Reform in Hinblick auf die Inklusiv Jugendhilfe. Aktuell sei das JA zuständig für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung ab dem Alter von 6 Jahren, für Kinder und Jugendliche mit körperlicher oder geistiger Behinderung sei der Kreis zuständig, für unter 6jährige der LVR. Es gebe daher ein für die Eltern oft unerfreuliches Gerangel um Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Leistungsträgern. Daher sei nun unter dem Begriff „Inklusive Jugendhilfe“ gesetzlich festgelegt worden, dass das Jugendamt für alle Kinder, auch solche mit Behinderung, egal welche, zuständig sein wird. Diese umfassende Zuständigkeit sei sinnvoll, mache aber eine umfassende Neuaufstellung des JA erforderlich. Da dieser Transformationsprozess erhebliche personelle und finanzielle Auswirkungen habe, erfolge er in mehreren zeitlichen Stufen. Ein erster Schritt zur Umstellung werde 2024 die Einführung von sog. Verfahrenslotsen sein, an die Eltern sich wegen der Bündelung von Hilfen für ihr Kind wenden können. Die Gesamtumstellung soll 2028 abgeschlossen sein. Zur Klärung des Raumbedarfs könne zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft gegeben werden. Die Frage werde in der Verwaltung behandelt, zumal auch Sozialamt und Wohngeldstelle von Raummangel betroffen seien.

**9.1. Ausschreibungsunterlagen des LVRs zum Förderprogramm „Initialförderung des LJA in der Kinder- und Jugendhilfe“  
Vorlage: 1041/2020-2025**

**Sachverhalt:**

Dem Jugendhilfeausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung vor:

„Beigefügte Ausschreibungsunterlagen des LVRs zum Förderprogramm „Initialförderung des LJA in der Kinder- und Jugendhilfe“ werden dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.“

Frau Schlüter, GRÜNE, fragte nach, ob seitens des städtischen JA die Beantragung von Projektmitteln geplant sei. Herr Walbröhl gab an, dass es aktuell nicht möglich sei, Mittel für Projekte zu beantragen, da keine personellen Ressourcen vorhanden seien, um diese umzusetzen. Er beschrieb, dass die Belastung in allen Arbeitsbereichen wegen der derzeitigen Arbeitsmarktsituation (hohe Fluktuation und Fachkräftemangel) sehr hoch sei. Die Umsetzung von zusätzlichen Projekten sei daher nicht leistbar.

Das Programm richte sich jedoch auch an Träger der freien Jugendhilfe. Es sei auch diesen möglich, Mittel für Projekte nach dem genannten Programm des LVR zu beantragen und damit Projekte durchzuführen.

B. Nichtöffentliche Sitzung

**10. Mitteilungen und Anfragen**  
**Vorlage: 1020/2020-2025**

**Mitteilungen**

- |                              |       |
|------------------------------|-------|
| a) der Ausschussvorsitzenden | keine |
| b) der Verwaltung            | keine |

**Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- |  |       |
|--|-------|
| a) Beantwortung von schriftlich vorgelegten Anfragen | keine |
| b) Sonstige Anfragen                                 | keine |

Frau Niethammer beendete die Sitzung um 19.45 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.45 Uhr.

\_\_\_\_\_  
Walbröhl  
Beigeordneter

\_\_\_\_\_  
Leinung  
Schriftführer in

\_\_\_\_\_  
Niethammer  
Ausschussvorsitzende